

# **Zweites Wittenberger Memorandum**

## **Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen**

Memorandum der Tagung „Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung: Was tut die Kirche?“  
12. – 14. Mai 2006, Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg<sup>1</sup>

„Der Teufel hat keinen lieberen Bundesgenossen als eine Kirche, die in der Sorge um ihren guten Ruf und um ihren sauberen Mantel ewig schweigt, ewig meditiert, ewig diskutiert und ewig versucht neutral zu bleiben. Der Teufel hat keinen lieberen Bundesgenossen als eine Kirche, die zu einem stummen Hunde geworden ist. Das ist es, was nicht geschehen darf!“

Karl Barth

### **1. Vom Wittenberger Memorandum 2002 zum Wittenberger Memorandum 2006**

Fast auf den Tag genau nach vier Jahren haben sich in Wittenberg erneut Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Tagung die Aufgabe gestellt zu erkunden, was die evangelischen Kirchen in Deutschland in Sachen nachhaltiger Entwicklung unternommen haben. Vor vier Jahren, im Frühsommer 2002, hatte sich die Bundesregierung Deutschland auf den „Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung“ (WSSD) in Johannesburg vorbereitet, eine Weltkonferenz, bei der die Fortschritte und Versäumnisse der zehn Jahre seit der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) kritisch überprüft werden sollten. Auch die Kirchen hatten sich zwischen 1992 und 2002 in vielen Bereichen an der Umsetzung der Agenda 21 von Rio beteiligt. Die kirchliche Bilanztagung in Wittenberg im Mai 2002 hatte gezeigt, dass die deutschen Kirchen in ihrer Entwicklungszusammenarbeit, beim Umweltschutz und in der Bildungsarbeit wichtige Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung geleistet hatten, aber noch bei weitem nicht am Ziel waren. So hatte das Wittenberger Memorandum von 2002 unter anderem angemahnt, dass es in nächster Zeit gelingen müsse, die vielen Ansätze guter Pilotprojekte in die Breite der kirchlichen Einrichtungen und Aktivitäten zu übernehmen.<sup>2</sup>

Viele der komplexen internationalen Vertragswerke im Bereich Umwelt und Entwicklung arbeiten mittlerweile mit dem Instrument regelmäßiger Überprüfungskonferenzen. In einem naturgemäß sehr viel bescheideneren Rahmen hat sich die Tagung in Wittenberg im Mai 2006 Ähnliches vorgenommen – und dieses Mal gibt es einen konkreten Anlass in der internationalen Ökumene. Im September 2007 wird in Sibiu die dritte Europäische Ökumenische Versammlung stattfinden; eine der Vorkonferenzen ist für den Februar 2007 in Wittenberg geplant. Das kirchliche Leitbild „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ hat auch den internationalen politischen Diskurs über Nachhaltigkeit mit geprägt. Die Bestandsaufnahme bei der hier dokumentierten Konferenz im Mai 2006 soll zeigen, was die deutschen evangelischen Kirchen in den letzten vier Jahren in Sachen Nachhaltigkeit erreicht und auch nicht erreicht haben; sie soll zeigen, welche Probleme sich heute stellen und welche Schritte als nächsten gegangen werden könnten.

Der folgende Text versteht sich dabei als Kommentar und Ergänzung zum Wittenberger Memorandum von 2002. Als erstes und wichtiges Ergebnis der Bilanztagung von 2006 ist festzuhalten: Der vor vier Jahren formulierte Text ist noch nicht obsolet geworden. Er ist auch heute noch nicht nur von historischem Interesse. Viele der damals formulierten Forderungen und Empfehlungen gelten weiter.

### **2. Nachhaltige Entwicklung als Aufgabe der Kirchen**

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung hatte in den letzten vier Jahren weiterhin ein recht eigentümliches Schicksal. Nach wie vor zeigen Umfragen, dass fast 80 Prozent der deutschen Bevölkerung kaum etwas damit anfangen können. In der politischen Diskussion hat sich der Begriff jedoch weitgehend als positives Leitbild etabliert. Das hat dazu geführt, dass der Begriff immer öfter als „Container-Begriff“ missbraucht wird, in den alles hineingepackt wird, was gerade durchgesetzt werden

---

<sup>1</sup> Die Grundthesen des Zweiten Wittenberger Memorandums wurden angenommen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung „Frieden - Gerechtigkeit - Bewahrung der Schöpfung / Basel - Graz – Sibiu - Was tut die Kirche?“ vom 12.-14. Mai 2006 an der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in Lutherstadt Wittenberg. Auf der Basis dieser Thesen wurde das Memorandum von Klaus Breyer, Hans Diefenbacher, Hans-Joachim Döring und Katja Geißler formuliert. Zu dieser Tagung luden ein die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Landeskirchen (AGU) und der Beauftragte des Rates der EKD für Umweltfragen.

<sup>2</sup> Das Wittenberger Memorandum 2002 und die Tagungsbeiträge sind dokumentiert in der epd-dokumentation 30/2002 vom 22.7.2002.

soll – von der nachhaltigen Rente bis zum nachhaltigen Wachstum. Deswegen muss daran erinnert werden, dass nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung im Kern dauerhaft umweltgerechte Entwicklung meint. Wer heute den Begriff der Nachhaltigkeit – inner- oder außerkirchlich – verwendet, muss sich bemühen, seinen Teil zu einer Schärfung des Begriffs in seinem ursprünglichen Sinne beizutragen, ihn an das Leitbild von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zurückzubinden, eben damit der Begriff nicht zunehmend inhaltslos wird.

In den letzten vier Jahren hatte die Diskussion um die Folgen, Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung einer einseitig an ökonomischem Gewinn ausgerichteten Globalisierung in der internationalen Ökumene einen wichtigen Stellenwert. Mit dem so genannten Soesterberg-Brief waren die Kirchen in den reichen Ländern aufgefordert, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen; eine Reihe von evangelischen Landeskirchen hat dies auch nach langer und sorgfältiger Diskussion getan.<sup>3</sup> Die Diskussion um Fragen der Globalisierung hat gezeigt, dass der Begriff der Nachhaltigkeit vielleicht noch am ehesten geeignet ist, als Ausgangspunkt für ein Gegenmodell zu einer einseitig wirtschaftlichen Globalisierung zu dienen. Ohne eine breite Partizipation der Menschen, die in unterschiedlicher Weise von wirtschaftlichen Prozessen betroffen sind, kann das Leitbild der Nachhaltigkeit nicht mit konkreten Inhalten gefüllt werden. Kirchen haben durch ihre Stellungnahmen deutlich gemacht, dass gesellschaftliche Verantwortung für die Folgen wirtschaftlicher Prozesse bewusst wahrgenommen werden muss und nicht an den Markt delegiert werden kann.

Wer das Leitbild der Nachhaltigkeit in seiner globalen Dimension ernst nimmt, kommt nicht umhin, sich mit Fragen der Gerechtigkeit zu befassen – etwa im Blick auf das höchst ungleiche Ausmaß der Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen und der Emission klimarelevanter Schadstoffe von reichen und armen Ländern. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren sich Kirchen oft als Anwalt der Armen, die ihre Stimme am Markt nicht zu Gehör bringen können. Das Leitbild der Nachhaltigkeit kann einer solchen „Globalisierung der Solidarität“ ein wichtiges Fundament geben.

### **3. Ausgewählte kirchliche Handlungsfelder**

#### **3.1 Entwicklungszusammenarbeit**

Das Leitbild der Nachhaltigkeit wird inzwischen als Qualitätsmerkmal und wichtiger Standard in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit akzeptiert. Dennoch wird es bislang nur in Ansätzen in die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt; Nachhaltigkeit bedeutet eben mehr als nur der dauerhafte Erfolg eines Projektes. Es bleiben die Spannungen zwischen der kurzfristigen Sicherung des Überlebens und der langfristigen Überlebenssicherung der Ökosysteme als grundlegender Ressource auch für die Menschen. Es zeigt sich mehr und mehr, dass eine einseitige Setzung von Prioritäten langfristig schadet.

In der Entwicklungszusammenarbeit erfährt das Leitbild der Nachhaltigkeit in letzter Zeit in den Medien und der Politik eine geringere Aufmerksamkeit. Dies darf nicht dazu verleiten, nachhaltige Entwicklungsschritte und Kooperationen wieder stärker in die Bereiche Umwelt und Entwicklung aufzulösen. Die Kooperation zwischen Umwelt und Entwicklung muss besonders bei Querschnittsthemen wie Klima, Energie und Wasser fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Dies gilt auch für die Entwicklungsarbeit der Landeskirchen und der großen Agenturen für Entwicklungszusammenarbeit.

Konkrete Erfahrungen aus der Partnerschaftsarbeit der Landeskirchen können das Engagement für Nachhaltigkeit in unseren Kirchen ebenso bereichern wie umgekehrt die ökologische Arbeit die lokale und regionale Entwicklungszusammenarbeit befruchten kann. Eine besondere Bedeutung wird die Förderung regenerativer Energiequellen einnehmen. Kirche als Teil der Zivilgesellschaft kann mit ihren Arbeitszweigen konkrete Projekte vorantreiben und so die gesellschaftliche Kommunikation zwischen Umwelt und Entwicklung an praktischen Vorhaben fördern.

#### **3.2 Landwirtschaft**

Auch im Bereich der Landwirtschaft gilt: Die Ehrfurcht vor dem von Gott geschaffenen Leben hat Vorrang vor dem technisch Machbaren. Zur Sicherung der Welternährung besteht auch nach heutigem Erkenntnisstand keine zwingende Notwendigkeit, gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen. Aufgrund ungeklärter ökologischer und gesundheitlicher Risiken, der mit gentechnisch verändertem Saatgut in besonderer Weise verbundenen Gefahr der Monopolisierung der Nahrungsmittel, der Gefährdung gentechnikfreier Landwirtschaft und der Bedrohung der Autonomie der Verbraucherinnen und Verbraucher sollten gentechnisch veränderte Pflanzen für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion nach wie vor nicht eingesetzt werden. Kirchengemeinden sollten den Anbau gentechnisch veränderter

---

<sup>3</sup> Stellvertretend für viele Texte sei hier die vorzügliche Stellungnahme der westfälischen Kirchen genannt: [www.ekvw.de/fileadmin/sites/ekvw/Dokumente/te\\_u\\_do\\_alt/SoesterbergD.pdf](http://www.ekvw.de/fileadmin/sites/ekvw/Dokumente/te_u_do_alt/SoesterbergD.pdf)

Pflanzen auf ihrem Land durch entsprechende Klauseln in ihren Pachtverträgen ausschließen, aktiv gentechnikfreie Regionen unterstützen und bewusst Lebensmittel einkaufen, die ohne gentechnische Verfahren produziert worden sind.

Im Rahmen eines ethisch verantwortungsvollen Umgangs mit der Schöpfung muss die Sonnenenergie mittel- und unmittelbar intensiver genutzt werden. Vor allem in der energetischen Nutzung von Biomasse besteht eine reale Möglichkeit, den Klimaschutz zu verbessern und unabhängiger von endlichen fossilen Energieträgern zu werden. Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen sollten in Zukunft regional erzeugte Biomasse als Energieträger verstärkt nutzen. Beim Anbau müssen sozial-ökologische Kriterien beachtet werden, um eine nachhaltige Energiegewinnung zu garantieren.

### **3.3 Armutsbekämpfung und globale Gerechtigkeit**

Die kirchliche Entwicklungsarbeit sollte die Projekte zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDG) weiterhin als Schwerpunkt ihrer Arbeit erhalten. Im Rahmen einer armutsorientierten Entwicklungspolitik ist es erforderlich, den Zugang der Armen zu Energieangeboten und -dienstleistungen zu verbessern. Der Zugang zu Energie ist entscheidend, damit Verbesserungen in den anderen MDG-Handlungsfeldern erzielt werden können – etwa bei der Ernährungssicherung, des Bildungsstandes oder der Wasserversorgung. Der Förderung von erneuerbaren Energien in dezentralen Energieversorgungssystemen kommt dabei eine wichtige Funktion zu, da mit derartigen Systemen gerade die Zugangsmöglichkeiten armer Bevölkerungsgruppen zu Energie verbessert und auch hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Emissionen ein positiver Beitrag geleistet werden kann. Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien sollte bei den kirchlichen Hilfswerken sowohl in der Projektförderung als auch inländischen Bildungsarbeit zukünftig einen größeren Stellenwert einnehmen. Zur Stärkung der eigenen Glaubwürdigkeit sollte die Verbindung zwischen Klima- und Entwicklungspolitik in den Kirchen stärker thematisiert, Handlungsempfehlungen erarbeitet und konkrete Klimaschutzmaßnahmen unterstützt werden. Dazu eignen sich bildungspolitische Veranstaltungen wie Fachtagungen, Workshops, oder Partnerreisen und die Unterstützung von konkreten Klimaschutzaktivitäten wie die Förderung „klimasensitiver“ Mobilität oder CO<sub>2</sub>-Kompensationen für Flugreisen.

In den letzten vier Jahren hat sich unter Fachwissenschaftlern zunehmend ein Konsens herausgebildet, dass der Klimawandel bereits begonnen hat. Er tritt primär in der Form von Naturkatastrophen wie Dürren und Überschwemmungen, Unwetter und Wirbelstürme in Erscheinung. Der Klimawandel ist zum überwiegenden Teil von den reichen Ländern verursacht, aber Leidtragende sind in besonderem Maße die Menschen in den armen Ländern. Stärker als bisher sollten sich die Kirchen auch dafür einsetzen, dass nach dem Verursacherprinzip, Klimafolgeschäden in den Ländern des Südens mit Finanzmitteln der Industrieländer ausgeglichen werden. Wenn der Klimawandel diese Konsequenzen hat, dann muss die Entwicklungszusammenarbeit systematisch erkunden, inwieweit so etwas wie Katastrophenvorsorge in den armen Ländern möglich ist. Auch die kirchliche Entwicklungsarbeit kann dann dazu beitragen, die Intensität klimabedingter Katastropheneignisse zu reduzieren, die Verwundbarkeit der Bevölkerung zu verringern und die Infrastruktur vorzuhalten, die zur Linderung der Folgen von Katastrophen notwendig sein wird.

### **3.4 Klimaschutz**

Um die Auswirkungen des Klimawandels in verträglichem Rahmen zu halten, ist konsequenter Klimaschutz weltweit notwendig. Die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Maßnahmen und Instrumente sind nur ein Einstieg. Die Kirchen sollten im Rahmen ihres politischen Engagements auch in Deutschland verstärkt für eine nachhaltige Energieversorgung eintreten. Diese sollte gekennzeichnet sein von einer erheblichen Effizienzsteigerung bei der Erzeugung und beim Einsatz von Energie, von verstärkten Bemühungen, Energie einzusparen und von einem forcierten Einsatz erneuerbarer Energien.

In den letzten beiden Jahren ist in Wirtschaft und Politik zunehmend wieder darüber diskutiert worden, welche Rolle die Kernenergie bei der globalen Energieversorgung spielen kann. In dieser Debatte sind jedoch keine prinzipiell neuen Gesichtspunkte aufgetaucht; nach wie vor besteht ein Restrisiko eines sehr schweren Unfalls auch in den Kernkraftwerken westlicher Bauart; nach wie vor ist die Frage der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle ungelöst. Aus diesen und weiteren Gründen erscheint der Einsatz von Kernenergie nicht verantwortbar.

Dennoch ist eine nachhaltige Energieversorgung nicht allein eine Frage politischer Vorgaben und Steuerungsmechanismen. Alle Menschen sind gefordert, ihren Teil der Verantwortung für die Schöpfung wahrzunehmen und ihren Lebensstil so umwelt- und klimaschonend wie nur möglich auszurichten und ihren Energieverbrauch zu minimieren. Die Kirchen mit ihrem großen Immobilienbesitz haben hier eine besondere Aufgabe.

### **3.5 Fairer Handel**

Die Bereitschaft, den fairen Handel aktiv zu unterstützen, hat bei vielen Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen in den letzten vier Jahren deutlich zugenommen. Die Produkte und das Angebot konnten weiter verbessert werden. Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen nutzen bereits fairen Kaffee und in wachsendem Ausmaß auch andere fair gehandelte Produkte. Im Jahr 2002 wurde bei der 9. EKD-Synode ein Beschluss für die Verwendung fair gehandelter Produkte in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen gefasst; dieser Beschluss bekommt nach und nach Substanz.

Trotzdem: Die Potenziale der Kirchen und ihrer Einrichtungen als markante Großverbraucher und Flächenbetriebe sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Der Gewinn an wenigen Marktanteilen darf nicht über die großen Defizite bei dem Einkauf fair gehandelter Produkte in den Kirchen und ihren Einrichtungen hinwegtäuschen. Besonders diakonische Einrichtungen wie Krankenhäuser, Alters- oder Pflegeheime sowie die kirchliche Verwaltung und die Tagungsbetriebe sind gefordert. In den nächsten Jahren sollte versucht werden, diese Potentiale systematisch für den fairen Handel zu erschließen.

### **3.6 Nachhaltigkeitspotenziale in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen**

In einer auf das Ziel des Wirtschaftswachstums nahezu fixierten Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland ist es nicht einfach, das Thema Nachhaltigkeit nicht nur mit der effizienten Verwendung von Energie und Ressourcen zu verbinden, sondern deutlich zu machen, dass Nachhaltigkeit auch etwas mit Genügsamkeit zu tun hat. Eine „Ökonomie der Genügsamkeit“ ist in den reichen Ländern noch nicht einmal im Ansatz entwickelt – und gerade deswegen gehört die Frage nach dem alltäglichen Lebensstil erneut und ganz prominent auf die Tagesordnung.

Nach wie vor haben die Ortsgemeinden, die Kindergärten und die vielfältigen diakonischen und caritativen Einrichtungen der beiden großen Kirchen – zusammen genommen – eine gewaltige Nachfrage nach den unterschiedlichsten Gütern und Dienstleistungen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Die Beschaffung dieser Güter und Dienstleistungen muss ökologisch und nach Kriterien des fairen Handels qualifiziert werden. Dabei dürfen nicht allein Kostenfaktoren eine Rolle spielen. Wer Nachhaltigkeitskriterien beachten will, wird unter Umständen bei einigen Produkten und Dienstleistungen (noch) etwas mehr ausgeben müssen. Aber in nicht wenigen Fällen werden diese Mehrausgaben dadurch ausgeglichen, dass eine nachhaltige Wirtschaftsweise an anderen Stellen genügsamer sein kann.

Die vielfältigen Bemühungen der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass gerade zur optimalen Ausschöpfung von „Nachhaltigkeitspotenzialen“ in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen die Zusammenarbeit zwischen dem Umweltbereich und dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie den Beschaffungsgesellschaften – etwa der WGKD – von großem Nutzen sein kann. Diese Vernetzung und Kooperation sollte in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden; in so manchen Bereichen muss sie auch erst einmal beginnen.

Mittlerweile haben mehr als 1000 Kirchengemeinden beziehungsweise kirchliche Einrichtungen Solaranlagen. Das vor drei Jahren beendete Förderprogramm der Deutschen Bundesstiftung Umwelt hat der Verbreitung dieser Anlagen in den Kirchen einen großen Schub verliehen. Mittlerweile kann gezeigt werden, dass die kirchlichen Solaranlagen in vielen Ortsgemeinden dann auch so manche andere Hausbesitzer angeregt haben, sich hier zu engagieren.

### **3.7 Kirchliches Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement**

Zu Recht fordern die Kirchen von Wirtschaftsunternehmen eine nachhaltige, gemeinwesenorientierte Ausrichtung, geprägt von fairen Arbeitsbedingungen, gerechter Entlohnung, Umweltschutz und entsprechender Mitarbeiterförderung. Gleichzeitig ist eine nachhaltige Entwicklung in der Kirche zu einer zunehmend schwierig werdenden Herausforderung geworden, da der kirchliche Alltag nicht selten durch mangelndes Management, geringe Entscheidungstransparenz, Arbeitsverdichtung und Motivationsverlust geprägt ist. In den letzten Jahren gab es einige Analysen, durch die deutlich wurde, dass viele kirchliche Einrichtungen zudem einen hohen Energie- und Ressourcenverbrauch aufweisen, der die Umwelt belastet und die Betriebskosten in die Höhe treibt. Hier besteht hoher Handlungsbedarf. Das „Kehren vor der eigenen Tür“ wird zunehmend zu einer Frage kirchlicher Glaubwürdigkeit.

Mittlerweile haben über 200 Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen ein Umweltmanagement nach europäischem Standard eingeführt. Mit dem „Grünen Hahn“ beziehungsweise dem „Grünen Gockel“ wurde ein eigenes Verfahren entwickelt, mit dem kontinuierliche Verbesserungsprozesse im kirchlichen Umweltschutz erreicht werden können, die sich insgesamt günstig auf die Organisation von

Gemeindearbeit auswirken, zur Betriebskostensenkung führen, die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen verbessern und neue Zielgruppen ansprechen.

Notwendig ist in den kommenden Jahren eine flächendeckende Einführung von Umweltmanagementsystemen in den Kirchen und ihre Verkopplung mit den laufenden kirchlichen Strukturreformen. Dort, wo kirchliche Einrichtungen Energiechecks durchführen, sollten diese zu Umweltmanagementsystemen weiterentwickelt werden. Einige Landeskirchen – zum Beispiel die Evangelische Kirche von Westfalen und die Evangelische Kirche in Württemberg – haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst.

Mit dem Projekt „Sustainable Churches“ konnte in zehn kirchlichen Einrichtungen in Deutschland der Aufbau eines Nachhaltigkeitsmanagements erprobt werden. Als innovative Weiterentwicklung des kirchlichen Umweltmanagements umfasst dieses System auch das ökonomische und soziale Handeln der Kirchen sowie die Fragen der Personalentwicklung und Mitarbeiterführung. In den nächsten Jahren sollen mit diesem System weitere Erfahrungen gesammelt werden.

### **3.8. Lokale Agenda 21**

Die Kirchen sollten sich selbst als Akteure einer nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene verstehen. Die Agenda 21 von Rio hat eine unverzichtbare lokale Komponente, die Lokale Agenda 21. Agenda-Arbeit bietet nach wie vor die Chance, sich als Christengemeinde an der zukunftsfähigen Entwicklung der Bürgergemeinde zu beteiligen und „der Stadt Bestes zu suchen“ – selbst wenn es in den letzten Jahren in nicht wenigen Kommunen eher schwieriger geworden ist, Bürgerinnen und Bürger für ein Engagement in der Lokalen Agenda 21 zu gewinnen.

In der Agenda-Arbeit sind eine Professionalisierung und eine thematische Fokussierung eingetreten. Die Lokale Agenda 21 ist nicht selten zu einem wichtigen Teil der Stadtentwicklungsplanung oder der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit geworden. Diese Entwicklung ist positiv zu beurteilen, weil zum Teil darüber auch die zivilgesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten in den Kommunen gewachsen sind. Kirchliche Akteure können hier ihre Fachkompetenzen einbringen oder die Entwicklungsprozesse moderieren. Ein weiteres Aktionsfeld ist die gemeinsame Einführung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagementsystemen in Kirchen und Kommunen.

Mit einem in der Öffentlichkeit sichtbaren Engagement in der Lokalen Agenda 21 können Kirchen nicht nur an Glaubwürdigkeit gewinnen. Bei vielen Problemen hilft dieses Engagement auch bei der Bewältigung der aktuellen Anforderungen. Exemplarisch sei hier das Problem des demographischen Wandels genannt: Sowohl Kommunen wie auch Kirchen sind angesichts der zu erwartenden Veränderungen in der Bevölkerungszahl und -struktur stark betroffen. Sie können die Gestaltung dieses Wandels als gemeinsame Zukunftsaufgabe angehen.

### **3.9 Nachhaltige Vermögensanlage**

Dass Rücklagen und Vermögen auch nach ethischen Kriterien investiert werden können, wird in den letzten Jahren auch von einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert. Bei den Anlage-Entscheidungen kirchlicher Finanzreferenten werden diese Kriterien in zunehmendem Maße berücksichtigt. Das Potenzial ethischer Geldanlagen insgesamt ist aber in den Kirchen noch lange nicht ausgeschöpft. Außerdem ist es, ähnlich wie bei dem Begriff der Nachhaltigkeit, auch in diesem Bereich vermehrt wichtig, genau zu prüfen, was sich hinter dem Etikett eines „ökologischen“ oder „ethischen“ Fonds tatsächlich verbirgt.

In den nächsten Jahren sollte daher versucht werden, an einer Art von Kodex für Geldanlagen zu arbeiten. Dazu wäre eine genaue Diskussion der einzelnen Kriterien notwendig, die aus ethischen Überlegungen bei Entscheidungen über Geldanlagen geprüft werden sollten. Eine solche Diskussion müsste auch die grundlegende Frage nach der Gerechtigkeit von Zins- und Zinseszins-Einkommen mit einbeziehen.

### **3.10 Diakonie und Caritas**

Der Dienst der Kirche am Menschen ist nicht zu trennen von einer nachhaltigen Entwicklung in den diakonischen und caritativen Einrichtungen.

Durch den Wettbewerbsdruck in der Sozialwirtschaft entsteht jedoch zunehmend auch hier eine Tendenz zur Ökonomisierung.

Oft führen Sparzwänge zu kurzfristig ökonomisch vorteilhaften Strategien, die jedoch wenig sozial- und umweltverträglich sind. Trotz und auch wegen dieser Sparzwänge gibt es Erfolg versprechende Wege, Umwelt- und Ressourcenschutz mit anderen Management- und Qualitätssicherungs-Systemen in diakonischen und caritativen Einrichtungen zu verknüpfen. Modellprojekte konnten den Nachweis erbringen, dass zum Beispiel die Einführung von Umweltmanagementsystemen in Verbindung mit Qualitätsmanagement auch betriebswirtschaftlich vorteilhaft sein kann. In den nächsten Jahren sollte verstärkt daran gearbeitet werden, die Modelle für eine Integration derartiger Systeme weiter zu entwickeln und diese dann auch in die Praxis der Einrichtungen umzusetzen.

### **3.11 Bildung und nachhaltige Entwicklung**

Nachhaltige Entwicklung benötigt zivilgesellschaftliche Kompetenz und Engagement. Bildung bietet die Grundlage, um individuelle Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu erkennen und zu ergreifen. Kirche ist Träger zahlreicher Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Akademien und unterstützt Akteure insbesondere im entwicklungspolitischen Bildungsbereich. Im Rahmen der UN-Dekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005 – 2014) ist auch die Kirche aufgefordert, ihre Bildungsarbeit zu den Themen „Frieden - Gerechtigkeit - Bewahrung der Schöpfung“ zu verstärken, benachteiligte Bevölkerungsgruppen einzubinden, konkrete Handlungsmöglichkeiten wie Fairer Handel oder Energiesparen aufzuzeigen sowie Kooperationen mit anderen Akteuren für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung einzugehen.

Eine solche Arbeit kann ohne eine verlässliche Mindestausstattung an Ressourcen nicht durchgeführt werden. Dessen müssen sich die landeskirchlichen Synoden und andere, für Etat-Entscheidungen wichtige kirchliche Gremien bewusst sein, wenn sie die Strukturen kirchlicher Haushalte beraten. Die umwelt- und entwicklungsbezogene Bildungsarbeit der Kirchen sollte längerfristig gesichert und nach Möglichkeit ausgebaut werden.

### **4. Nachhaltigkeit in den Kirchen – die zukünftigen Herausforderungen**

Die Erfahrungen der letzten vier Jahre hat die Einschätzung des Wittenberger Memorandums 2002 bestärkt: Nachhaltigkeit ist eine der Kernkompetenzen der Kirche. In den Auseinandersetzungen um die zukünftige Struktur der Kirchen muss ihr Engagement für eine nachhaltige Entwicklung weiter gestärkt werden, denn es sind Fragen der Nachhaltigkeit, in denen heute gesellschaftliche Verantwortung wahrgenommen werden muss. Damit die Kirchen dies glaubwürdig tun können, müssen sie ihre eigenen Einrichtungen energischer und schneller, als dies in den letzten vier Jahren geschehen ist, an den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung orientieren.

Kirchen können Orte der Hoffnung sein. Mit ihrem Handeln können sie Menschen in ihrer Überzeugung ermutigen, dass eine andere Welt uns nicht nur verheißen sondern auch möglich ist.

„Christliche Hoffnung hat zwei liebliche Töchter: Den Zorn und den Mut. Den Zorn damit das Nichtige nicht bleibe - und den Mut, damit das, was sein soll, auch sein wird.“ Augustin zit. in: Dorothee Sölle, Lieben und Arbeiten

Lutherstadt Wittenberg, den 14. Mai 2006